

Landesdiakoniepfarrer Peter Nietzer

Richard- Neuendorff- Straße 12, 06406 Bernburg

Tel. 03471-628046; Mobil 0173-3106524; Mail peter.nietzer@kircheanhalt.de

Bericht zur 6. Tagung der 2. Vollkonferenz der UEK und der 6. Tagung der 11. Synode der EKD vom 07.11. bis zum 14.11.2013 in Düsseldorf

Vorbemerkung

0 Da dem Berichtersteller nach dem Bericht auf der letzten Herbstsynode zugetragen wurde, dass verschiedene Synodale auf den Fluren die dortige knappe Berichterstattung kritisiert hätten, wird dieses Jahr dieser ausführliche schriftliche Bericht vorgelegt.

1 Die verbundenen Synode aus Generalsynode der Vereinigten Evangelischen Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD), Vollversammlung der Union Evangelischer Kirchen (UEK) und Synode der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) tagten vom 07. Bis zum 13. November in Düsseldorf.

2 Dabei besteht seit 2009 zwischen Vollkonferenz bzw. VELKD- Synode und EKD-Synode Personalidentität, das heißt, die Mitglieder der EKD- Synode sind immer auch Mitglieder der Versammlungen der konfessionellen Kirchenbünde. Diese Verbindung führte und führt dazu, dass sich die Synoden organisatorisch und inhaltlich, aber auch persönlich immer mehr annähern. Das Schwerpunktthema „Es ist genug für alle da – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft“ fand so einen konfessionell- theologischen Vorlauf in VELKD wie UEK. Zugleich hat der Berichtersteller den Eindruck, dass die konfessionellen Grenzen immer mehr verschleifen gegenüber den alt- neuen Grenzen zwischen eher konservativem und eher liberalem Milieu, und das unabhängig von historisch gewachsenen Bekenntnissen.

3 Der Berichtersteller nahm an Vollversammlung wie Synode als einziger gewählter Vertreter der Evangelischen Kirche Anhalts teil – die Konsynodale Luther von Bila musste ihre Teilnahme aus familiären Gründen kurzfristig absagen.

1. Die 6. Tagung der 2. Vollkonferenz der UEK am 08. und 09. November 2013

1.1. Die theologische Zuarbeit zum Schwerpunktthema

4 „Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus theologischer Perspektive“ – so war das Einführungsreferat betitelt, das Philosoph Prof. Dr. mult. Dirk Jakobus Smit aus Stellenbosch (RSA) hielt. Der historischen Spur vom Kampf gegen das Apartheid- Regime bis zur Konferenz des Reformierten Weltbundes in Accra folgend stellte er die theologische Entwicklung zu dieser Frage aus seinem Horizont dar.

5 Zusammenfassend stellte er fest:

- Die Fragen nach Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind von den Kirchen nicht eigenständig zu lösen - zugleich sind sie elementar für das Leben von Christen. Kirchliche Entscheidungsgremien können sich ihnen nicht entziehen und müssen auch darum bemühen, dass diese Fragen bis hin in die Ortsgemeinden und für das Leben jedes einzelnen Christenmenschen relevant werden.
- Es gehört zum Erbe Luthers und Calvins, sich gegen ökonomische und soziale Ungerechtigkeiten zu engagieren. Zugleich kennen wir alle Geschichten von Eigenliebe und Ungerechtigkeit auch in den Kirchen. Es gilt, die „inspirierenden Ressourcen innerhalb unserer Glaubenstraditionen, die wir selbstkritisch gegen diese Tradition, ja gegen uns selbst richten können“, fruchtbar zu machen.
- Mit Karl Barth gilt: Im Schreien zu Gott, im Beten des Vaterunsers, ist alles enthalten: Die Freiheit, die uns geschenkt wird, wie der Gehorsam, zu dem wir berufen sind.

Gebet, Freiheit und christliches Leben gehören unmittelbar zusammen. Im Gebet finden wir die Perspektive für eine neue Welt, in der sich Frieden und Gerechtigkeit küssen.

6 Mit diesem Referat beschäftigten sich Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse in die Arbeit des Themausschusses für Kundgebung zum Schwerpunktthema der EKD- Synode einfließen.

1.2. Der Beschluss zum Fortbestand der UEK

7 Als 2002 der Vertrag zur Vereinigung der EKU und der Arnoldshainer Konferenz zur UEK geschlossen wurde, wurde in der Grundordnung fixiert, dass regelmäßig zu prüfen ist, ob eine Übertragung der Aufgaben der UEK (v.a. theologische Gespräche, die Bearbeitung liturgischer Fragen, das Bemühen um die ökumenische Gemeinschaft, die kirchliche Rechtssetzung, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, die Organisation von Begegnungen und Besuchen) in die EKD hinein möglich ist und die UEK als selbständiger Kirchenbund damit obsolet würde.

8 Die zeitgleich tagende VELKD beschäftigte sich über viele Stunden hinweg mit der Frage, ob so etwas für ihren Kirchenbund im Horizont des lutherischen Bekenntnisses möglich sei. Dabei es scheint Bewegung in der Frage nach dem Kirche Sein der EKD zu geben: anscheinend wird an einer Festlegung auf ein gemeinsames, in der Reformationszeit erklärtes Grundbekenntnis (z.B. das Augsburger Bekenntnis) aller Gliedkirchen nicht mehr festgehalten; die Erklärung, dass die Leuenberger Konkordie in Geltung sei, scheint hinreichend zu sein.

9 Die Vollversammlung wie die Generalsynode wie die EKD- Synode beschlossen auf diesem Hintergrund die Einsetzung einer Steuerungsgruppe, die bis zu den verbundenen Synodaltagungen im Jahr 2014 eine Beschlussvorlage erarbeiten soll, die Aussagen macht zu

- Dem gemeinsamen Verständnis der EKD als Kirche
- Dem Verhältnis der ekklesialen Funktion der EKD zur ekklesialen Funktion der konfessionellen Bünde
- Zur Bündelungsfunktion der konfessionellen Bünde
- Der Benennung identitätsstiftender Arbeitsfelder für die Kirchenbünde
- Die Verzahnung und Weiterentwicklung der Kooperation der Ämter

10 Die Vollversammlung der UEK beschloss auf dieser Basis ihren eigenen Fortbestand, da den Kirchenbünden auch zukünftig Aufgaben in der enger zusammenrückenden EKD zugewiesen sein werden. Nach Art 3 GO UEK ist diese Prüfung regelmäßig – also mindestens einmal in jeder Legislatur – nötig.

11 So macht es auch Sinn, dass nach dem Weggang von Dr. Martin Heimbucher (er wurde Kirchenpräsident der Reformierten Kirche) ein neuer theologischer Referent der UEK bestellt wurde – es ist Dr. Martin Evang, bisher Leiter der Arbeitsstelle für Gottesdienst in der Evangelischen Kirche im Rheinland.

1.3. Neuwahl eines Vorsitzenden

12 Da der bisherige Vorsitzende der Vollkonferenz Landesbischof Ulrich Fischer, Karlsruhe im Verlauf des nächsten Jahres in Ruhestand gehen und bei der nächsten Tagung der Vollversammlung dieser nicht mehr angehören wird, legte er während der Tagung sein Amt nieder. Zum Nachfolger wurde einmütig Kirchenpräsident Christian Schad, Speyer, gewählt. Gemeinsam mit Bischof Martin Schindehütte (als Leiter der Amtsstelle) und Brigitte Andrée wird er der Vollversammlung für die restliche Amtszeit bis zum Jahr 2015 leiten.

13 Auch Martin Schindehütte geht noch dieses Jahr in Ruhestand – ihm folgt in seinen Ämtern als Amtsleiter der UEK und als Auslandsbischof der EKD Petra Bosse- Huber, bisher stellvertretende Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, nach.

14 In seinem Tätigkeitsbericht hielt der scheidende Vorsitzend Rückschau auf 11 Jahre Amtszeit; besonders verwies er aber auf die Arbeit der UEK in vergangenen Jahr, die in den Feierlichkeiten zum im 450-jährigen Jubiläum des Heidelberger Katechismus ihren Schwer-

punkt hatte. Der gesamte schriftliche Tätigkeitsbericht der UEK für die Jahre 2011-2013, der 83 eng beschriebene Seiten hat, ist beim Berichterstatter einzusehen.

1.4. Der Haushalt für das Jahr 2014

15 Die Vollversammlung hatte auch den Haushalt für das kommende Jahr zu beschließen; dieser weist ordentliche Erträge aus Umlagen, Kirchensteuermitteln, Spenden, Kollekten und Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.285.450 EUR aus; dem stehen ordentliche Aufwendungen in Höhe von 2.433.700 EUR gegenüber. Nach Verrechnung einiger weiterer Posten bleibt ein Finanzbedarf von 810.000 EUR. Dieser wird durch eine Umlage der Gliedkirchen gedeckt werden. Auf die Anhaltische Landeskirche entfallen dabei 2.640 EUR.

16 Der Haushalt des Predigerseminars in Wittenberg ist nicht Teil dieses Haushalts, aber mit ihm mit veröffentlicht. Auch der Haushalt kann beim Berichterstatter eingesehen werden.

1.5. Liturgie des Willkommens

17 Der liturgische Ausschuss hat einen Entwurf von „Modellen und Materialien für die liturgische Gestaltung des Wiedereintritts in die Evangelische Kirche“ vorgelegt. Mit enthalten sind neben verschiedenen liturgischen Vorschlägen auch eine Textsammlung und ein Merkblatt für (Wieder-) Aufnahmegespräche. Nach Einarbeitung diverser kritischer Anmerkungen im Rahmen der Vollversammlung wird das Heft den Pfarrämtern zur Verfügung gestellt werden.

18 Außerhalb der Vollversammlung wurde verschiedentlich angemerkt, dass dieses Heft im „normalen“ gemeindlichen Alltag eher weniger benötigt werden wird, da es längst liturgische Usancen, meist im Rahmen der Abkündigungen, zum Umgang mit diesem „kleinen Kasus“ gibt.

1.6. Catholicabericht

19 Zum letzten Mal Landesbischof Friedrich Weber der Generalsynode der VELKD seinen Bericht als Catholicabeauftragter; auch er geht in Ruhestand, als sein Nachfolger wurde Landesbischof Karl- Hinrich Manzke, Bückeburg, gewählt. Die Delegierten der UEK- Vollversammlung durften gastweise an dieser Berichterstattung teilnehmen.

20 Zum wiederholten Male war zu beobachten dass sich die offizielle römisch- katholische Kirche in Form der Kurie offensichtlich damit schwer tut, die evangelische Christenheit in ihrer Gänze wahrzunehmen; Lehrgespräche, Ausweis des Bemühens um ein geordnetes Verhältnis, werden nach wie vor nur mit der VELKD geführt.

21 Landesbischof Weber berichtete mit 24 weitgehend verlesenen Seiten. Insbesondere ging er ein

- auf den Übergang des Pontifikats von Benedikt XVI auf Franziskus I und dessen Folgen
- die Enzyklika der Beiden Päpste Lumen Fidei
- Das Jubiläum 50 Jahre Vatikanisches Konzil
- Die Frage nach dem Bemühen um katholischen Beteiligung im Reformationsjubiläum 2017
- Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Evangelischer und Römisch- Katholischer Kirche angesichts der Vorgänge im Bistum Limburg

22 Der ausführliche Bericht kann beim Berichterstatter eingesehen werden.

1.7. Der Abschluss

23 Die Vollkonferenz und die Generalsynode schloss mit einem ökumenischen Abendmahlsgottesdienst und -abend in der Kirche und den Räumen der Kaiserswerther Diakonie. Beides war bemerkenswert, denn immerhin saßen beim Abendessen erstmals Vollkonferenzdelegierte und Generalsynodale in bunter Reihe. Ebenso wurde das Abendmahl erstmals nicht mehr nach Bekenntnissen getrennt, sondern ebenfalls in bunter Gemeinschaft geteilt.

2. Die 6. Tagung der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 10.-13. November 2013

2.1. Das Schwerpunktthema „Es ist genug für alle da – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft

24 Das Vorbereitungs-material – den Synodalen kurz vor der Synode im Postpaket zugestellt – beinhaltete neben vielen anderen Vorlagen zum einen ein umfangreiches Themenheft, das unterschiedliche Aspekte des Themas beleuchtete und einen Dokumentarfilm der Eikon mit dem Titel „Hunger“. Ebenso hörten wir zur Einführung eine Dialogbibelarbeit von Landesbischof Dröge, Berlin und Generalsekretärin Sonja Skupch, Buenos Aires, zu Josefs-geschichten und Referat von A. Müller, Potsdam sowie Prof. Joachim von Braun, Bonn, zu den Themen Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft. Gut vorbereitet diskutierten wir in diversen „Foren“ unterschiedliche Aspekte des Themas (der Berichter-statter im Forum zum Thema „Landgrabbing“, das auch in unserer Gegend eine zunehmende Rolle spielt). Die Ergebnisse wurden gemeinsam mit den Diskussionsergebnissen aus der UEK- Vollversammlung in den Themenausschuss zurückgespielt, der daraus auch mit Hilfe vorbereiteter Bausteine eine Kundgebung entwickelte.

25 In einem Dreischritt „Was uns fordert“ – „Was uns trägt“ – „Was wir fordern“ werden die unterschiedlichen globalen und lokalen Aspekte des Themas aufgegriffen, im Licht der Abendmahlstradition gewogen, um dann daraus Forderungen an Politik und Kirche, aber auch den Einzelnen zu formulieren. Insgesamt entstand so ein – im Gegensatz zu manch zurückliegender Schwerpunktthema- Entschlie-ßung – ein gut lesbares Papier, das nicht gesetzlich verteufelt und den Verzicht in den Mittelpunkt stellt, sondern das gute Leben in Verantwortung voreinander und vor Gott.

26 Die endgültige Formulierung dieser Kundgebung ist diesem Bericht als Anlage beige-fügt. Ich bin froh und dankbar, dass es uns gelungen ist, über Nachhaltigkeit ohne Festlegungen auf bestimmte Wirtschaftsformen aber mit einem starken Akzent auf Verantwortung zu schreiben.

2.2. Das Familienpapier der EKD

27 Dieses Papier („Zwischen Autonomie und Angewiesenheit: Familie als verlässliche Ge-meinschaft stärken“; eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutsch-land, Hannover 2013) hatte im Vorfeld der Synode für große Aufregung gesorgt und nahm im Bericht des Ratsvorsitzenden breiten Raum ein. Die Diskussion darum brauchte fast den gesamten Sonntagnachmittag; wegen zahlreicher Wortmeldungen endete die Plenarsitzung an diesem Tag erst kurz nach Mitternacht.

28 Unter dem Stichwort „Das Wort Gottes als Richter, Regel und Richtschnur“ führte Präses Nikolaus Schneider umfangreich aus, wie schwierig und kontrovers es ist, bei der Diskussion einer eher beobachtenden Studie zu Fragen der Gegenwart auf Gottes Wort zu hören. Er verwies auf Karl Barth, nach dem uns das Wort Gottes in dreifacher Gestalt als geschriebe-nes, geoffenbartes und verkündigtes Wort entgegentritt. Dabei steht der, der sich vor allem auf das verkündigte Wort zurückbezieht in der Gefahr, eigene Urteile und Frömmigkeit zu rechtfertigen. Man liest dann aus der Bibel heraus, was man zuvor hineingelesen hat; die Bibel dient eher zur Illustration dessen. Wer dagegen geschriebenes und geoffenbartes Wort Gottes gleichsetzt öffnet der Gesetzlichkeit im Umgang mit der Bibel Tür und Tor und wird nicht wahrhaben wollen, dass das geoffenbarte Gotteswort Jesus Christus nicht im Buchsta-ben der Bibel gefangen ist. Allein dieses Wort ist der hermeneutische Schlüssel, der das ge-schriebene Wort für die Verkündigung aufschließt. Es wehrt jedem gesetzlichen Buchstaben-glauben und jeder Verabsolutierung der Gegenwart – und lenkt den Blick auf das durch Liebe geprägte Handeln. In verschiedenen familiären Lebensformen. „Für diese auf Liebe, Verant-wortung, Sorge und lebenslange Treue ausgerichtete Haltung ist die Ehe und auf ihr auf-bauende Familie eine besonders taugliche und bewährte Lebensform. Sie bietet vielen Men-schen ein besonderes Glückspotential“ – so Schneider.

29 Zu diesem hermeneutischen Dilemma verwies Schneider auf die Dokumentation „Die Orientierungshilfe der EKD in der Kontroverse - Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“, Hannover 2013. Sie sei auch hier wärmstens zur Lektüre empfohlen. Sie finden Sie wie alle anderen erwähnten Dokumente der EKD- Synode auf den Internetseiten der EKD.

30 Im Anschluss an diese Ausführungen und unter Aufnahme der Diskussion verabschiedete die Synode eine EntschlieÙung, in der einerseits für die Orientierungshilfe gedankt wird, andererseits Kirche und Diakonie besonders aufgefordert werden, Familie in all ihren Dimensionen zu fördern und zu stärken und sozial- und familienpolitische Forderungen abgeleitet und verstärkt werden.

31 Bereits vorher hat der Rat der EKD der theologischen Kammer einen Auftrag zu einer theologischen Positionsbestimmung zur Frage der Ehe erteilt.

2.3. Die Frage nach den Flüchtlingen, Migranten und Asylbewerbern

32 Auch sie hatte keinen eigenen Anstrich in der Tagesordnung; die Diskussion dieses Themenkreis wurde ebenfalls durch den Ratsbericht ausgelöst; Nikolaus Schneider ging dort unter dem Eindruck einer Besuchsreise in den Libanon ausführlich auf die Frage der syrischen Flüchtlinge im nahen Osten ein; ebenso beschäftigte ihn die Menschenrechtslage an den Außengrenzen Europas, besonders im Mittelmeer. Dazu kam, dass in den Gottesdiensten und Bibelarbeiten mehrfach Bezug genommen wurde auf die Situation der Flüchtlinge bei uns. Besondere Erwähnung fanden immer wieder die Aufnahme der afrikanischen Migranten in der St. Paulikirche in Hamburg und das Asylbewerberlager am Brandenburger Tor in Berlin.

33 Die Diskussion mündete in mehrere Erklärungen bzw. Kundgebung der Synode zu diesem Themenkreis. So forderte die Synode Änderungen im Grenzregime der Europäischen Union; insbesondere soll Seenotrettung Vorrang vor allen anderen Bemühungen bekommen. Weiter geht es um Änderungen in den Asylverfahren. Ebenso setzt sich die Synode für eine verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen und insbesondere die Erleichterung von Familienzusammenführungen ein. Ebenso äußerte sie sich zur Willkommenskultur in Deutschland – und bat angesichts der Unwetterkatastrophe auf den Philippinen um zahlreiche Spenden auch aus den Gemeinden. Insgesamt wurde immer wieder die Verantwortung der Gemeinden in diesen Fragen betont und verstärkt.

2.4. Gesetzesregelungen zum Mitarbeitervertretungsrecht

34 Die Synode brachte zum Abschluss, was auf der Tagung vor zwei Jahren in Magdeburg begonnen hatte: Neben einem neuen Arbeitsrechtssetzungsregelungsgrundsatzgesetz wurde auch ein neues Mitarbeitervertretungsgesetz eingebracht und beschlossen. Mit diesen Gesetzen wird den Arbeitsgerichtsurteilen vom November 2012 Rechnung getragen; sie eröffnen unterschiedliche Wege der Tariffindung, den eines kirchlichen Tarifvertrags ebenso wie den des dritten Weges. Ebenso wird den Gewerkschaften der Zugang zu den entsprechenden Verhandlungsgremien geöffnet. Arbeitskampf bleibt auch weiter ausgeschlossen.

35 Heftig diskutiert wurde die Frage nach der AcK- Formel in den Schiedsgremien, die bei Nichteinigung zwischen Dienstgebern und Dienstnehmern zu entscheiden haben. Letztlich blieb es dabei: Diese Formel blieb stehen mit dem Hinweis, dass sie durch gliedkirchliches Recht ausgesetzt werden kann.

36 Zusätzlich zu diesen Gesetzen verabschiedete die Synode eine EntschlieÙung zur Weiterentwicklung des Arbeitsrechts; darin enthalten ist auch der dringliche Hinweis auf die Notwendigkeit von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen; diese können nur im Konsens mit anderen freien Wohlfahrtsverbänden und weiteren Sozialpartnern erreicht werden.

2.5. Wahlen

37 Der Rücktritt von Katrin Göring- Eckardt als Präses der Synode, von Landesbischof Johannes Friedrich, Bertholdsdorf (wegen Ausscheiden aus der Bischofsverantwortung) und Prof.

Christiane Tietze, früher Mainz, jetzt Zürich, aus dem Rat der EKD machte Nachwahlen erforderlich.

38 Im dritten Wahlgang wurde Irmgard Schwätzer, Berlin zur Präses gewählt, jeweils im ersten Wahlgang Landesbischof Hinrich Bedford-Strom, München, und Prof. Elisabeth Gräb-Schmidt, Tübingen in den Rat gewählt. Vorausgegangen war ein Wahlkrimi um die Kandidatur Günther Becksteins und Brigitte Böhme gegeben.

2.6. Die ÖRK- Vollversammlung in Busan, Südkorea

39 Mehrere Synodale, Ratsmitglieder und Mitglieder der Kirchenkonferenz kehrten erst unmittelbar vor der Synode von der ÖRK- Vollversammlung in Südkorea zurück. Erfüllt von den dortigen Ereignissen baten sie mehrfach, dass die Ergebnisse der Versammlung, insbesondere der Aufruf zu einem Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden in Deutschland aufgegriffen werden. Der Aufruf fand Eingang in die Entschließung zum Schwerpunktthema. Er hängt diesem Bericht an.

2.7. Weiteres

40 Selbstverständlich gab es zahlreiche weitere Berichte, Entschließungen und Gesetzesbeschlüsse. Der Berichterstatter nennt diese hier kursorisch, bittet, sich bei Interesse auf den Internetseiten der EKD zu informieren oder bei ihm nachzufragen. Dazu gehören.

- Die Entlastung der Rechnungsführung für das Jahr 2012
- Der Haushalt für das Jahr 2014
- Beschlüsse zum Schutz der Biodiversität, zur Religionsfreiheit verfolgter und bedrängter Christinnen und Christen, insbesondere im Sudan, zu den Europawahlen 2014, zur nachhaltigen Entwicklung, zum Rechtsextremismus, zu Rüstungsexporten, zur Berücksichtigung von Opferbelangen in kirchlichen Disziplinarverfahren, zum Klimaschutz, zur Fortentwicklung des Verbindungsmodells
- Bericht des Präsidiums der Synode, des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung (EWDE), des Evangelischen Missionswerks (EMW), des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP), des Bischofs für Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr, zur Umsetzung der Beschlüsse von der 5. Tagung der Synode, zum Reformprozess „Kirche im Aufbruch“
- Gesetz zur Änderung der Verteilung der von den Gliedkirchen zu wählenden Mitglieder der Synode der EKD, zur geschlechtergerechten Besetzung von Gremien der EKD
- Grußworte, Andachten und Predigten

3. Anhaltika

41 Selbstverständlich wird vieles von dem, was besprochen und verhandelt wurde, in unseren Gremienberatungen wieder vorgelegt werden, die entsprechenden Verantwortlichen werden dies zur rechten Zeit tun. Hier sei nur darauf hingewiesen, dass der Beschluss der UEK- Vollversammlung zur Fortführung der UEK unmittelbare Auswirkungen auf eine Anhaltische Kollegin hat: Karin Bertheau kann ihre Arbeit als Öffentlichkeitsreferentin der UEK fortführen.

4. Stimmung

42 Insgesamt war es eine Synode unter hohem Zeitdruck. Geprägt wurde sie von Gottes Gottesdiensten; der ökumenische Abendmahlsgottesdienst zum Beginn wurde bereits an anderer Stelle gewürdigt; der Eröffnungsgottesdienst in der Innenstadt im Fernsehen übertragen, der Abschlussgottesdienst in der Kaiserswerther Stadtkirche mit der Einführung der frisch Gewählten durch eine seltsame Auswahl der Lesungen geprägt.

43 Daneben gab es Empfänge, etwa den der Landesregierung und der gastgebenden Landeskirche oder der großen Volksparteien – Möglichkeiten zum Austausch und Meinungsfindung.

44 Bleibt noch, zuletzt den Donnerschweg, den Abschlussabend, zu erwähnen. Manches wurde dort kannbaretistisch aufs Korn genommen; fröhliche Urständ feierte das schwung-

volle „So sei es“, mit dem die Synodale König (Greifswald) Antragsverweisungen in die Ausschüsse auch noch nach Mitternacht bestätigte - oder die Übersetzung eines eher orthodox gesinnten lutherischen Konsynodalen des Schwerpunktthemas (vermutlich auch unter dem Eindruck der Ausführungen des Ratsvorsitzenden zur Wort- Gottestheologie) ins Lateinische: „Satis est.“

Bernburg, 15.11.2014

Peter Nietzer

Anlage 1

Kundgebung 11. Synode der EKD/6. Tagung: „Es ist genug für alle da“ – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft

„Es ist genug für alle da“ – Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft

Wir blicken auf den größten Skandal in unserer Einen Welt: Nach Angaben der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen leiden heute weltweit 842 Millionen Menschen Hunger. Zählt man noch diejenigen dazu, die zwar satt werden, sich aber armutsbedingt nicht ausreichend mit wichtigen Nährstoffen wie Vitaminen, Mineralien und Spurenelementen versorgen können, dann haben wir es mit mehr als zwei Milliarden Menschen zu tun, die chronisch mangelernährt sind und gesundheitliche Schäden davontragen. Das Recht auf Nahrung ist das am häufigsten verletzte Menschenrecht. Hunger und Mangelernährung kosten Tag für Tag rund 24.000 Menschen das Leben.

Das ist nicht hinnehmbar, weil das Leiden und Sterben dieser Menschen vermeidbar wäre. Denn die heute auf der Welt erzeugten Nahrungsmittel reichen bei weitem aus, um alle 7,2 Milliarden Menschen dieser Erde angemessen zu ernähren. Es ist genug für alle da – eigentlich. Doch zu viele Lebensmittel landen im Trog, im Tank und in der Tonne. Die einen leben im Überfluss, während andere verhungern oder auf der Flucht sind. In diesen Skandal sind wir verstrickt.

Wenn jetzt nicht energisch gegengesteuert wird, droht eine weitere Zuspitzung der Welternährungskrise. Noch haben wir es in erster Linie mit einem Zugangs- und Verteilungsproblem zu tun. Durch den bisher ungebremsten Klimawandel gehen jedoch ständig wertvolle Ackerflächen verloren. Auch die Wasserressourcen werden knapp. Je nachdem, wie sich Bevölkerungswachstum, Landnutzungskonflikte und Konsumgewohnheiten entwickeln, könnten wir schon in wenigen Jahrzehnten in eine Situation geraten, in der - weltweit gesehen - der Bedarf an Nahrungsmitteln das Angebot übersteigt.

In Verantwortung vor Gott und allen Hunger leidenden Menschen - unseren Schwestern und Brüdern - sowie nachfolgenden Generationen wendet sich die Synode der EKD mit dieser Kundgebung an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Sie ruft sie dazu auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern und den Hunger so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2030 vollständig zu überwinden. Dieses Vorhaben ist keine Utopie. Es ist ein ambitioniertes, aber realistisches Ziel. Voraussetzung ist, dass wir jetzt entschieden handeln, nicht halbherzig, nicht später. Dafür wird es unumgänglich sein, weltweit und bei uns eine Wende zu einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzuleiten. Dazu gehört auch eine zukunftsfähige nachhaltige Agrarpolitik, die zur Überwindung von Armut beiträgt

und sich zuallererst am Menschenrecht auf Nahrung orientiert.

Alle Menschen sollen in Sicherheit und Würde leben können. Niemand soll hungern müssen. Diesen Appell richtet die Synode auch an die Landeskirchen, kirchlichen Werke, Gemeinden und Gemeindeglieder. Dies bedeutet: Wir müssen unsere Wirtschaftsweise und unser Konsumverhalten konsequent darauf ausrichten, dass die weltweite Ernährungssicherung nicht gefährdet und Gottes Schöpfung nachhaltig bewahrt wird. Eine „Ethik des Genug“ muss zum Maßstab unseres Handels werden.

Was uns fordert

- **Klimawandel:** Durch den Klimawandel ist die Landwirtschaft erheblich betroffen. Einerseits besitzt sie ein hohes Speicherpotential für das Treibhausgas Kohlendioxid. Andererseits ist sie eine nicht zu unterschätzende Quelle klimaschädlicher Emissionen. In vielen Entwicklungsländern sind einst fruchtbare Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln verloren gegangen. Es drohen weitere dramatische Ernteausfälle, wenn es nicht gelingt, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen.
- **Bevölkerungsentwicklung:** Die Weltbevölkerung wird von heute fast 7,2 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 9,6 Milliarden anwachsen. Andere Prognosen liegen deutlich darunter, andere noch darüber. Ein besonders starkes Bevölkerungswachstum wird in Afrika südlich der Sahara erwartet – ausgerechnet dort, wo bereits heute der Anteil der Hungernden am größten ist. Eine zunehmende Landflucht wird zur Bildung von immer größeren Slums in Megastädten führen.
- **Mangelnde Unterstützung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern:** Mehr als drei Viertel der Hungernden leben in ländlichen Regionen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Obwohl diese kleinbäuerlichen Familien selbst Nahrungsmittel anbauen, können sie sich nicht ausreichend ernähren. Zwei Drittel dieser Familien sind besonders marginalisiert und externen Einflüssen meist schutzlos ausgeliefert. Oft fehlt es an ausreichender Unterstützung durch die Regierungen der Heimatländer. Auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit hat kleinbäuerliche Familien lange nicht beachtet. Agrarforschung, Beratung, Entwicklungs- und Förderprogramme konzentrieren sich zudem oft auf wenige Exportprodukte und vernachlässigen den Anbau von Nahrungsmitteln und das Streben nach Ernährungssouveränität.
- **Flächenkonkurrenzen und „land grabbing“:** Konkurrenz und Konflikte um die knapper werdende Ressource Land nehmen weltweit zu. Auf rund

30 Prozent der Agrarflächen werden bereits Futtermittel angebaut – immer mehr Flächen werden für die Produktion von Energiepflanzen genutzt. In den letzten Jahren haben Großinvestoren riesige Flächen aufgekauft. Dieses „land grabbing“ geht in Entwicklungsländern oft mit der Vertreibung der einheimischen Bevölkerung und dem Verlust wertvoller Flächen für den Anbau von Grundnahrungsmitteln einher.

- **Nahrungsmittelspekulation:** Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu enormen Schwankungen der Agrarpreise geführt, weil viele neue Anleger und Spekulanten nach dem Platzen der Immobilienblase auf den Agrarsektor ausgewichen sind. Das hat enorme Preissteigerungen zur Folge. Für viele Menschen in ärmeren Ländern, die bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, bedeutet dies mehr Hunger und Elend.
- **Handelspolitik:** Ermöglicht durch hohe Futtermittelimporte, auch aus Ländern mit vielen Hungernden, produziert die EU deutlich mehr Fleisch und Milchprodukte als sie benötigt. Viele Überschüsse überschwemmen zu Dumpingpreisen die Märkte von Entwicklungsländern und treiben einheimische Produzentinnen und Produzenten in den Ruin. Gleichzeitig verwehren internationale und bilaterale Handelsabkommen den Entwicklungsländern das Recht, ihre Märkte ausreichend gegen Dumpingfluten zu schützen.
- **Nachernverteuerungen und Lebensmittelverschwendung:** Rund ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion geht auf dem Weg zum Verbraucher verloren. In den Entwicklungsländern verderben rund 40 Prozent der Ernten, weil Lagerhaltung und Infrastruktur unzureichend sind. Aber auch die Lebensmittelverschwendung in den wohlhabenden Staaten ist skandalös. So landen in Deutschland durchschnittlich 82 kg Lebensmittel pro Jahr und Kopf im Müll.
- **Veränderung der Ernährungsgewohnheiten:** Mit der Angleichung an westliche Konsum- und Ernährungsgewohnheiten – vor allem in den Schwellenländern – wächst die Nachfrage nach tierischen Produkten und somit der Flächen- und Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig nehmen durch Fehlernährung und Übergewicht bedingte Krankheiten weltweit zu.

Was uns trägt

Die biblischen Texte und Bilder, die uns im Glauben leiten, erschließen uns die Wahrnehmung des Skandals des Hungers. Sie befreien uns zum Handeln. Sie haben ihre Mitte im Sakrament des Abendmahls.

Christus teilt mit den Seinen Brot und Wein. Brot und Wein stehen als Gaben Gottes für alles, was für unser Leben notwendig und genug ist. In der Gemeinschaft mit Gott und untereinander erfahren wir die überquellende Freude des Lebens. Das Teilen von Brot und Wein führt uns in einen achtsamen, dankbaren und gerechten Umgang mit allem, was wir aus Gottes Schöpfung empfangen haben. Als Teil der Schöpfung leben wir in Ehrfurcht vor dem Leben unserer Mitgeschöpfe. Wir wehren einem Missbrauch, der auf Kosten der elementaren Bedürfnisse Anderer geht.

Christus schenkt sich uns in Brot und Wein. Er stiftet die Gemeinschaft mit Gott und untereinander. In dieser Gemeinschaft drückt sich unser Eins-Sein als der eine Leib Christi aus. Diese Gemeinschaft ist Nahrung für Leib und

Seele. Sie schenkt Vergebung und Heilung. Das Abendmahl ist darum der gottesdienstliche Ort, an dem eine Gemeinschaft der Gleichen entsteht, in der die durch Gott Befreiten für alle Menschen Verantwortung übernehmen. Die Gemeinschaft mit dem menschengewordenen Christus hat gleichermaßen auch Bedeutung für die Ausgestaltung unserer sozialen und politischen Gemeinschaft.

Das Abendmahl ist im Kontext vieler biblischer Mahl-Geschichten zu verstehen. In der „Speisung der 5.000“ (Mk 6) folgen die Menschen der Einladung Jesu und teilen das Vorhandene miteinander. Das Atemberaubende geschieht: Dort, wo im Sinne des Reiches Gottes gerecht und gemeinschaftlich miteinander geteilt wird, ist genug für alle da. Hier wird jener Satz Jesu in der Bergpredigt konkret: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen“ (Mt 6).

Solches tut zu meinem Gedächtnis. Im Abendmahl begegnet uns Jesus Christus. Seine Gegenwart lässt das Leid in seinem ganzen Ausmaß wahrnehmen und leitet uns zur Umkehr. So durchdringt seine Liebe unsere Gemeinschaft. Als Zeugen dieser Liebe setzen wir uns für eine Welt ein, in der alle satt werden können an Leib und Seele.

So ist der Weg aus der Krise des Hungers und der Weg in eine gerechte Teilhabe aller zugleich ein geistlicher und ein politischer Weg – eine innere Umkehr und eine politische Transformation. Es ist ein Weg mit Gott. Es ist ein Weg miteinander. Es ist ein Pilgerweg.

Was wir fordern

Erwartungen an die Politik

Die Synode der EKD ruft die politisch Handelnden dazu auf, alles zu tun, damit die von der Völkergemeinschaft verabschiedeten Millenniumentwicklungsziele auf globaler und nationaler Ebene erreicht werden. Das gilt insbesondere für das Ziel 1, den Anteil der Hungernden und extrem Armen bis 2015 zu halbieren. Ziel muss es darüber hinaus sein, den Hunger bis spätestens 2030 vollständig zu überwinden. Dabei gilt es auch den „stillen Hunger“, d. h. die chronische Unterversorgung mit essentiellen Nährstoffen zu beseitigen, unter der insbesondere Frauen und Kinder leiden. Eine Politik zur Ernährungssicherung sollte in erster Linie die Bedingungen für die Agrarproduktion der Kleinproduzenten verbessern. Die Bäuerinnen und Bauern benötigen dafür den gesicherten Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Dünger und Krediten, ebenso zu Möglichkeiten der Lagerhaltung und Vermarktung, Beratung und Bildung. Sie müssen darin bestärkt werden, standortgerecht, ressourcenschonend und unter Einbeziehung des traditionellen Wissens produzieren zu können, um ihre Erträge nachhaltig zu steigern. Hierzu muss sich die Politik an den Prinzipien einer multifunktionalen, bäuerlichen Landwirtschaft ausrichten.

Die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und der Zugang zu sauberem Trinkwasser müssen in allen Weltregionen Vorrang vor anderen Wirtschaftsinteressen und vor dem Anbau von Futtermitteln oder Energiepflanzen haben: „food first“. Der Steigerung des weltweiten Konsums von tierischen Produkten muss aktiv entgegengetreten werden. Der Entzug von landwirtschaftlicher Fläche durch „land grabbing“ sowie die Spekulation mit Nahrungsmitteln müssen eingedämmt werden.

Die von Hunger besonders betroffenen Staaten stehen in der Verpflichtung, ihre Landwirtschafts- und Ernährungs-

politik am Menschenrecht auf Nahrung zu orientieren. Agrarprogramme sollten der Produktion von Nahrung für lokale Märkte Vorrang einräumen. Dabei sind nachhaltige Landwirtschaftsmodelle zu bevorzugen, die Bäuerinnen und Bauern nicht in Abhängigkeit von der Agrarindustrie bringen. Im Sinne der Maputo-Erklärung afrikanischer Staaten sollten mindestens 10 % der Staatsbudgets dieser Länder für die Förderung standortgerechter Produktion zur Verfügung gestellt werden. Die von Hunger betroffenen Staaten müssen die handelspolitischen Möglichkeit haben, ihre eigene Landwirtschaft vor negativen Einflüssen durch Importe aus Industrie- und Schwellenländern zu schützen, damit Agrarprogramme, die auf die Stärkung der Ernährungssouveränität zielen, nicht ausgehebelt werden.

Die Europäische Union steht in der Verantwortung, ihre eigene Agrarwirtschaft und ihre Handelspolitik so zu gestalten, dass die Bemühungen der armen Länder um eine Politik der Ernährungssicherung nicht unterlaufen werden. Darüber hinaus muss die EU die Anstrengungen der von Hunger betroffenen Staaten bei der Überwindung von Hunger und Armut nachdrücklich unterstützen. Die EU muss von ihrer Strategie, die eigene exportorientierte Agrarproduktion auszubauen, Abstand nehmen, da diese in erster Linie durch die Einfuhr von Futtermitteln und Agrarrohstoffen ermöglicht wird. Deren Anbau in Entwicklungs- und Schwellenländern führt zu Landkonflikten, Menschenrechtsverletzungen und Verlusten an Biodiversität. Öffentliche Mittel, wie Direktzahlungen, sollten an nachhaltigere Produktionsweisen gebunden werden. Gleichzeitig sollte die Entwicklungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten viel stärker als bisher kleinbäuerliche Produzentinnen und Produzenten darin unterstützen, auf nachhaltige Weise Nahrungsmittel zur Versorgung der einheimischen Bevölkerung anzubauen. Dafür sollten mindestens 10 % der Entwicklungsetats der EU und ihrer Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden. Auch die Agrarforschung muss viel stärker auf die Förderung der kleinbäuerlichen Produktion ausgerichtet werden. Das Dumping von Agrarprodukten aus der EU auf die Märkte der Armen muss beendet werden.

Da sich der Klimawandel bereits heute gravierend auf die landwirtschaftliche Produktion auswirkt, muss sich die EU konsequent für den Klimaschutz einsetzen. Die EU sollte wieder eine Vorreiterrolle in der weltweiten Klimapolitik einnehmen und die eigenen Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% reduzieren. Dazu muss auch die Landwirtschaft einen Beitrag leisten. Für Deutschland sollten ambitionierte klimapolitische Ziele im Rahmen eines Klimaschutz- und Energiewende-Gesetzes verbindlich festgelegt werden.

Erwartungen an Kirche und Gemeinde

„Kirchen werden ihrem Auftrag gerecht, wenn sie selbst zu einem Leben umkehren, das sich an den Leitwerten der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit orientiert“. Dieser Satz aus der EKD-Denkschrift „Umkehr zum Leben“ von 2009 heißt für uns im Blick auf:

- **Kirchliche Bildungsarbeit:** Gemeinden sind lebendige Lernorte für die gemeinsame Suche nach Maßstäben eines guten Lebens und nach neuen zukunftsfähigen und verantwortungsvollen Lebensmodellen. Kirchliche Bildungsarbeit muss sich verstärkt den Zusammenhängen von Fragen der Gerechtigkeit und der Schöpfungsbewahrung zuwenden. Sie sollte Menschen dazu ermutigen, die-

ses Wissen über ihre Verantwortung in der Einen Welt im praktischen Handeln umzusetzen. Die Landwirtschaft ist unverzichtbarer Partner in diesem Wissenstransfer. Im Geist der Wertschätzung muss das Gespräch zwischen Kirche und Landwirtschaft fortgesetzt und intensiviert werden.

- **Beschaffung und Konsum von Lebensmitteln:** Kirchliche Einrichtungen sind Großverbraucher mit erheblicher Marktmacht. Eine nachhaltige und faire Beschaffung von Lebensmitteln, ein bewusster Konsum sowie Strategien zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in kirchlichen Einrichtungen haben Signalwirkung für alle, die diese Einrichtungen besuchen bzw. die in ihnen tätig sind. Christinnen und Christen können durch ökofaire Beschaffung und nachhaltigen Konsum zu Klimagerechtigkeit und Ernährungssicherung beitragen. Dazu gehört die Auswahl der Lebensmittel mit dem Ziel, den „ökologischen Fußabdruck“ der eigenen Ernährung zu verkleinern, auf eine tiergerechte Haltung zu achten und gerechte Arbeits- und Handelsbedingungen zu unterstützen.
- **Kirchliches Pachtland:** Kirchen sollten ihre Vergabepaxis für Pachtland an den „Ethischen Leitlinien für eine nachhaltige Landwirtschaft“ ausrichten, wie sie der gemeinsame Text „Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft“ der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz von 2003 vorsieht. Neben einer ordnungsgemäßen umweltgerechten Bewirtschaftung sollten auch die Regionalität der Pächter und die Stärkung des ländlichen Raums eine Rolle spielen. Bewirtschaftung durch ortsansässige Landwirte sollte gegenüber überregionalen Unternehmen bevorzugt werden. Ökologische und konventionelle Betriebe, die nachhaltig wirtschaften, sollen Vorrang haben.
- **Kirchliches Investment:** Kirchen tätigen in nicht unbeträchtlichem Maße Geldanlagen. Sie sollten weiterhin und verstärkt die Kriterien für ein ethisches Investment beachten und Agrarrohstoff-Zertifikate nicht in ihre Geldanlagen aufnehmen.
- **Ernährungssicherung als Aufgabe in der Ökumene:** Kirche bringt ihre Erfahrung aus der weltweiten Ökumene ein. Sie muss ihre Stimme erheben, wenn gesellschaftliche Entwicklungen den Leitbildern der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit widersprechen. Dies gilt für Gefährdungen der Ernährungssicherheit in besonderem Maße. Seit Jahrzehnten unterstützt die kirchliche Entwicklungsarbeit ihre kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Partner dabei, die Ernährungssituation zu verbessern. Sie tragen zur Steigerung der Erträge, zur Einkommensschaffung, zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, zur nachhaltigen Landnutzung oder zur besseren Wahrnehmung der kirchlichen Standpunkte in Gesellschaft und Politik bei. Die von Hunger und Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen werden darin unterstützt, ihre Rechte gegenüber den nationalen Regierungen einzufordern. Die Synode bekräftigt den Ruf, der von der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan ausgeht: „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden.“ Sie ruft die Kirchen dazu auf, ihr Engagement für ökumenische Zusammenarbeit und Entwicklung zu verstärken und ihre Gemeinden um aktive Unterstützung und Mitgestaltung zu bitten.

„Ich bin gekommen, dass sie das Leben und volle Genüge haben“ (Johannes 10, 10)

Eine „Ethik des Genug“ ist nicht zuerst eine Ethik des Verzichts, sondern eine Ethik des „Guten Lebens“, weil sie von Verschwendung und Materialismus befreit. Sie verlockt zu einer ganz anderen Ethik des rechten Maßes. Sie gründet in der Fülle, die wir in Christus feiern und erleben. Sie ist
Düsseldorf, den 13. November 2013

inspiriert von der biblischen Hoffnung auf Gottes Reich, in dem allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Versöhnung verheißen ist. Diese Verheißung vor Augen, machen wir uns schon heute auf den Weg der Umkehr. Dann ist genug für alle da!

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland
Dr. Irmgard Schwaetzer

Die Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt unter dem Vorbehalt der endgültigen Ausfertigung durch die Präses der Synode!

Anlage 2

Message of the 10th Assembly of the WCC

Join the Pilgrimage of Justice and Peace

*By the tender mercy of our God,
the dawn from on high will break upon us,
to give light to those who sit in darkness and in the shadow of death,
to guide our feet into the way of peace.
Luke 1:78-79*

Dear Sisters and Brothers, we greet you in the name of Christ.

1. We gathered in the Republic of Korea at the 10th Assembly of the World Council of Churches (30 October – 8 November 2013). Coming from 345 member churches of the fellowship and from partner organizations in the ecumenical movement, we joined in prayer, shared stories from our local communities and took to heart strong messages of agony and hope. We are thankful for the many engaging statements released. Our common pilgrimage traced the theme “God of life, lead us to justice and peace.”

2. In the city of Busan, we journeyed together on a road of transformation – we pray that as we are being transformed ourselves, God will make us instruments of peace. Many of us travelled to other parts of Korea where we witnessed the open wounds of a society torn by conflict and division. How necessary is justice for peace; reconciliation for healing; and a change of heart for the world to be made whole! We were encouraged by the active and committed churches we encountered; their work bears bountiful fruit.

3. We share our experience of the search for unity in Korea as a sign of hope in the world. This is not the only land where people live divided, in poverty and richness, happiness and violence, welfare and war. We are not allowed to close our eyes to harsh realities or to rest our hands from God’s transforming work. As a fellowship, the World Council of Churches stands in solidarity with the people and the churches in the Korean peninsula, and with all who strive for justice and peace.

4. God our Creator is the source of all life. In the love of Jesus Christ and by the mercy of the Holy Spirit we, as a communion of the children of God, move together towards the fulfillment of the Kingdom. Seeking grace from God we are called, in our diversity, to be just stewards of God’s Creation. This is the vision of the New Heaven and Earth, where Christ will “fill all in all” (Eph 1.23).

5. We live in a time of global crises. Economic, ecological, socio-political and spiritual challenges confront us. In darkness and in the shadow of death, in suffering and persecution, how precious is the gift of hope from the Risen Lord! By the flame of the Spirit in our hearts, we pray to Christ to brighten the world: for his light to turn our whole beings to caring for the whole of creation and to affirm that all people are created in God’s image. Listening to voices that often come from the margins, let us all share lessons of hope and perseverance. Let us recommit ourselves to work for liberation and to act in solidarity. May the illuminating Word of God guide us on our journey.

6. We intend to move together. Challenged by our experiences in Busan, we challenge all people of good will to engage their God-given gifts in transforming actions.

This Assembly calls you to join us in pilgrimage.

May the churches be communities of healing and compassion, and may we seed the Good News so that justice will grow and God’s deep peace rest on the world.

*Blessed are they who observe justice,
who do righteousness at all times!
Psalm 106:3*

God of life, lead us to justice and peace!

1 Dissenting opinions:

Archimandrite Jack Khalil of the Greek Orthodox Patriarchate of Antioch and All the East wished to register his dissent to the use of the word “transformation” in two places in the message, on the theological ground that as Christians our transformation is already completed in our baptism.

Metropolitan Bishop of Damietta wished to register his dissent to the phrase “all people are created”, having preferred it to say “were created”.